Schwergewichts, seitdem sie nicht mehr von einer verantwortlichen Regierung getragen werden. Das Gesamtbild unserer Finanzen aber ist, wie ich Donnerstag, den 22. d. M., im Reichstag ausführlich dargelegt habe, derart, daß ein Schwebezustand wie der jetzige die dringende Gefahr einer

Vernichtung der letzten Hoffnung

bedeutet.

Da ich, der ich aus meiner amtlichen Arbeit heraus diese ungeheure Gefahr täglich wachsen sehe, meine Mitwirkung an dem durch das Fehlen einer verantwortlichen Regierung entstehenden Unheil, obwohl diese Mitwirkung nur die mehr passive eines geschäftsführenden Ministers ist, vor dem deutschen Volk, das durch den regierungslosen Zustand schwerste finanzielle Opfer bringt, nicht mehr tragen kann, so wiederhole ich meine Bitte um Entbindung von der Weiterführung der Geschäfte.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich, hochgeehrter Herr Reichspräsident, Ihr sehr ergebener gez. Dr. Luther.

Sozialisten gegen Ebert.

Reichspräsident Ebert ist auf Beschluß des Hauptvorstandes des Gürtler- und Tapeziererverbandes aus diesem Verband ausgeschlossen worden, dem er seit vielen Jahrzehnten angehört. Schon auf früheren Verbandstagen waren durch eine Zufallsmehrheit von Radikalen Ausschlußanträge gegen Ebert angenommen. Sie hatten aber weniger Bedeutung, und ihnen wurde auch nicht nachgegangen. Der jetzt vom Vorstand gefaßte Beschluß stützt sich auf den Paragraphen der Verbandssatzung, der mit Ausschluß diejenigen Mitglieder bedroht, die sich Handlungen zuschulden kommen lassen, die gegen die Interessen des Verbandes verstoßen. Darunter fällt nach Ansicht des Vorstandes vor allem das Versammlungs- und Streikverbot, das unter dem vom Reichspräsidenten verhängten militärischen Belagerungszustand in verschiedenen Teilen Deutschlands ergangen ist.

Der Zusammenbruch der Sonderbündler.

Paris, 29. Nov. Die Rheinlandregierung ist aufgelöst, und die Rheinlandkommission sagte sich von ihr bereits vollkommen los, indem sie durch eine offiziöse französische Agentur erklären läßt, daß die Koblenzer Regierung zum Verschwinden verurteilt sei. Matthes ergriff bereits die Flucht aus Koblenz und befindet sich in Düsseldorf. Ueber die Vorfälle, die zu dem vollkommenen Zusammenbruche dieser Schwindelregierung führten, wird man in Paris in wenig durchsichtiger Weise unterrichtet. Die „Agence Havas" meldet, daß Matthes dem Oberkommissar Tirard mitteilte, daß er seine Regierung auflöste, weil die Minister gegenüber einem militärischen Staatsstreiche, der von der Rheinlandarmee versucht worden war, eine unentschiedene Haltung eingenommen hätten. Dieser Staatsstreich der Rheinlandarmee sei um so weniger zulässig, als diese vom Kabinett aufgelöst worden war. Matthes erklärte dem Oberkommissar Tirard, daß die ganze Regierung aus unfähigen und unehrenhaften Leuten zusammengesetzt wäre. Die Rheinlandarmee, die bereits aufgelöst sei, habe einen Staatsstreich versucht. Sie sei nur aus verdächtigen Elementen gebildet gewesen, welche nichts anderes zu tun wußten, als die Bevölkerung auszuplündern und Räubereien zu begehen. Damit die wahren Rheinlandtruppen nicht in ein schiefes Licht gerieten, sei die Armee entlassen worden. Aber deren Generalstab wollte sich dem Befehle nicht fügen. Dieser Generalstab beschloß die Absetzung der Regierung und die Einführung einer Militärdiktatur. Matthes forderte seine Minister auf, sich für oder gegen diese Diktatur auszusprechen. Sie wollten sich aber nicht entscheiden, weshalb Matthes Koblenz verließ, und nach Düsseldorf flüchtete. In Koblenz soll es noch immer Minister geben. Die Rheilandtruppen sollen das Koblenzer Regierungsgebäude im Sturme genommen haben. Der Diktator der Separatisten nennt sich Hektor Erz.

München, 29. Nov. Die Arbeiterschaft von Speyer hat an den französischen General de Metz den Antrag gestellt, er möge seine Truppen nur eine Stunde von der Straße zurückziehen, damit die Bevölkerung mit den Separatisten fertig werden könne. General de Metz hat dies kurzerhand abgelehnt. Die Erbitterung und der Haß der Bevölkerung gegen die Separatisten und ihre Hintermänner kennt unter solchen Umständen keine Grenzen mehr.

Die Separatisten in Duisburg entwaffnet.

Duisburg, 29. Nov. Die Separatisten wurden heute von belgischer Gendarmerie entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg ihr Ende gefunden.

München, 29. Nov. Nach einer Meldung aus Pirmasens haben Separatisten heute mittag Pirmasens besetzt. Die öffentlichen Gebäude befinden sich in ihrer Hand.

Zurückweisung französischer Uebergriffe.

Vor kurzem ist an der deutsch-schweizerischen Grenze, auf deutschem Boden, bei Singen ein französischer Hauptmann Vendaries d'Armont festgenommen worden, der seit mehreren Jahren dem französischen Generalkonsulat in Basel zugeteilt ist und von dort aus wirtschaftliche und politische Spionage gegen Deutschland betrieben hat. Auf Grund des umfangreichen Belastungsmaterials hat der Oberreichsanwalt ein Verfahren gegen d'Armont eingeleitet. Die französische Regierung hat sich für ihren Agenten eingesetzt und unter der den Tatsachen nicht entsprechenden Vorgabe, die Verhaftung sei auf schweizerischem Boden erfolgt, Repressalien im besetzten Gebiet angedroht. Die deutsche Regierung hat hierauf eine Note an die französische Botschaft gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß am 22. November unter Hinzuziehung von deutschen und schweizerischen Zeugen eine gerichtliche Untersuchung an Ort und Stelle abgehalten wurde, bei der der Tatort in einwandfreier Weise festgestellt worden ist. Ueberdies liegt der schweizerischen Regierung ein Bericht schweizerischer Zollbeamten vor, die die Verhaftung beobachtet haben und gleichfalls bekunden, daß sie auf deutschem Gebiet erfolgte.

Die deutsche Regierung stellt weiter fest, daß die französische Regierung es wieder einmal für gut befunden hat, durch Mißbrauch der ihr in den besetzten Gebieten zu Gebote stehenden Machtmittel die Beeinflussung eines ordentlichen deutschen Gerichtsverfahrens zu versuchen. Die französische Regierung scheint in Anspruch nehmen zu wollen, daß ihre Staatsangehörigen in Deutschland nicht nach Recht und Gesetz behandelt werden, sondern das Privilegium haben, straffrei zu bleiben, was ihnen auch zur Last fallen mag. Gegen dieses Vorgehen, das sich von selbst richtet, erhebt die Deutsche Regierung feierlichen Protest.

Unter Nichtachtung der klaren Rechtslage und des deutschen Einspruchs sind die französischen Besatzungsbehörden nunmehr zur Verhaftung des Senatspräsidenten Lenzberg vom Oberlandesgericht in Düsseldorf geschritten. Die Deutsche Regierung hat hierauf ihren Geschäftsträger in Paris angewiesen, nachdrücklich gegen diese Rechtsverletzung zu protestieren.

Sabotage-Erfolg Poincarés.

Paris, 29. Nov. Von unterrichteter Seite ist hiesigen Journalisten erklärt worden, die morgige Sitzung der Reparationskommission werde weder in der Frage des interalliierten Sachverständigenkomitees zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit, noch auch in der Angelegenheit des Düsseldorfer Abkommens eine Entscheidung treffen.

Damit wird die gestrige Havas-Meldung über die Aufgaben der Reparationskommission bestätigt, was einen vollen Erfolg der Sabotagepolitik Poincarés hinsichtlich der Hinausschiebung jeglicher Entscheidung als wahrscheinlich macht.

Zum Streik der Kassen-Aerzte.

Zu dem von den Aerzteverbänden zum 1. Dezember beschlossenen Streik gegenüber den Krankenkassen teilt das Reichsarbeitsministerium mit:

Die Einwendungen der Kassenärzte gegen die rechtliche Gültigkeit der Richtlinien vom 22. 11. zur Verordnung über die Krankenhilfe und gegen die in offenem Briefe vom 26. 11. gegebenen Erläuterungen sind rechtlich haltlos. Nach den Richtlinien ist die Kündigung nur bei wiederholter und schwerwiegender Verfehlung eines Kassenarztes zulässig. Von dem Recht zur Kündigung und zur Bildung von Arztbezirken darf der Kassenvorstand erst nach Errichtung des Ueberwachungsausschusses Gebrauch machen. Die Berufung des Arztes schiebt die Wirkung der Kündigung auf. Das Recht des Reichsarbeitsministers, solches anzuordnen, geht aus § 30 der Reichsversicherungsordnung in der neuen Fassung hervor. Gleichwohl wird eine unmittelbar bevorstehende ergänzende Verordnung eine jeden Zweifel ausschließende Fassung bringen. Damit schwindet auch der Schein eines Grundes für einen Streik der Kassenärzte.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. November ergänzt die Verordnung über Krankenhilfe nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministers vom 22. und 26. November. Kündigung eines Arztvertrages ist wie im § 626 B. G. B. nur bei wiederholter und wichtiger Verletzung kassenärztlicher Pflichten zulässig und wird zu Gunsten der Aerzte abweichend vom allgemeinen bürgerlichen Recht erst mit der Entscheidung des Ueberwachungsausschusses wirksam. Die Befugnis des Kassenvorstandes, nach Anhörung von Sachverständigen Richtlinien aufzustellen, fällt weg. Im übrigen würden die Kassenvorstände die Befugnis zu Kündigung und Zulassungsversagung, sowie zur bezirksweisen Verteilung der Kassenärzte erst ausüben, wenn der Ueberwachungsausschuß gebildet ist. Die neue Verordnung, die am 30. November im Reichsanzeiger erscheint, will den Grund für einen Aerztestreik beseitigen.

Deutschland.

— Nach dem Vorbilde der kommunistischen Partei Deutschlands soll laut „Voss. Ztg." auch die kommunistische Jugend Deutschlands in eine illegale Geheimorganisation umgewandelt werden. Die alte Organisation wird als aufgelöst erklärt. Eine Organisationskommission hat sich als neue Reichsleitung konstituiert.

— Wie die „Vossische Zeitung" aus Essen meldet, haben die Franzosen die endgültige Beurlaubung des Essener Bürgermeisters Schäfer aus der Haft angeordnet, der zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. Bürgermeister Schäfer wird voraussichtlich noch diese Woche sein Amt wieder antreten.

— Im unbesetzten deutschen Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1 250 000 betragen gegenüber 943 000 am 1. November, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegenüber 1 703 000. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird unverändert auf mehr als 2 Millionen geschätzt.

Deutsche Nothilfe.

Schwerste wirtschaftliche Not lastet auf dem Deutschen Volke. Ins Unermeßliche gestiegen ist das Elend, Kinder und Greise hungern. Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr lastet, aus Arbeit und Verdienst getrieben.

Not und Elend sind so groß, der Darbenden so viele, daß die Kraft des Staates allein nicht ausreicht. In aufopfernder Notgemeinschaft muß daher das Deutsche Volk die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Ländern stützen und das drohende Unheil abwenden.

An alle Deutschen ergeht darum der Ruf:

Helft mit Geld und Gut!

Gedenkt aller Deutschen, die hinsiechen in Hunger und Entbehrung. Gedenkt insbesondere der ungeheuren Leiden, die Eure Brüder und Schwestern im Westen seit vielen Monaten erdulden. Gedenkt des Verzweiflungskampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zugehörigkeit zum Reiche führen. Teilt, was Ihr irgend entbehren könnt, mit Euren darbenden Volksgenossen!

Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an Alle, die mitfühlen können mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten Deutschen Volkes.

Im Kampfe gegen die

Hungersnot

schließt sich das Deutsche Volk zu einer großen Notgemeinschaft zusammen. Sämtliche gleichgerichtete Hilfsaktionen und Sammelorganisationen wirken in ihrem Dienst.

Deutsche Nothilfe

soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf!

Der Reichspräsident
Die Reichsregierung
Die Regierungen der Deutschen Länder.

Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62, Reichsbankgirokonto, Postscheckkonto Berlin 156 000. Preuß. Landesausschuß NW. 40, Reichstagsufer 3, Konto Nr. 101 920 Preuß. Staatsbank, Postscheckkonto Berlin 77 955. Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und Postanstalten entgegen. Alle großen deutschen Wirtschaftsverbände haben sich geschlossen in den Dienst der neuen Sammlung „Deutsche Nothilfe" gestellt.

Preußischer Landtag.

Der Landtag beschäftigte sich Donnerstag an erster Stelle mit dem Antrag der Kommunisten auf sofortige Haftentlassung der Abg. Frau Wolffstein. Der Berichterstatter, Abg. Meier (Soz.) beantragte namens des Geschäftsausschusses die sofortige Haftentlassung. Der Ausschuß habe sich auf den Standpunkt gestellt, selbst wenn Frau Wolffstein an der Demonstration teilgenommen hätte, wäre dieses Delikt nicht so schwerwiegend, daß sie deshalb in Haft gehalten werden müsse. Der Redner erklärte, die Kommunisten können sich nicht auf den Boden der längst durchlöcherten Verfassung stellen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Darauf wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei der Antrag der Haftentlassung angenommen. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen vertagte sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr.

Einheimisches

Nachdruck unserer Original-Berichte ist nur
— mit genauer Quellenangabe gestattet. —

Sorau, den 30. November 1923.

Aus dem Stadtparlament.

War es ein Bild der Ueberraschung oder war es ein Bild der Erwartung? Vor einigen Wochen ließ die Linksfraktion mit großem Nachdruck durch ihren Redner nochmals erklären, „daß sie fernerhin, und noch schärfer als bisher, jede Zusammenarbeit mit dem Ersten Bürgermeister ablehne." Und in Obstruktion verließ sie verabredetermaßen alsobald den Saal. Daraus ist vielfach der Schluß gezogen worden, daß die Linksfraktion ihre Mitarbeit einstellen wolle. Mit einer gewissen Spannung sah man der zu gestern einberufenen Stadtverordnetensitzung entgegen. Werden sie da sein oder werden sie weiter streiken? Sie waren da! So viel ihrer konnten. Woraus auch hier zu ersehen ist, daß nichts so heiß gegessen als gekocht wird. Als Minderung der Schroffheit im Betriebe der Obstruktion, nicht der Opposition, mag es gedeutet werden. So ähnlich klang es ja auch aus einer kurzen Erklärung des ständigen Oppositionsredners heraus. Großem Interesse wird in der Bürgerschaft die Mandatsniederlegung der Stadtverordneten Winzker und Pehla (beide Linksfraktion) begegnen, denen der Vorsteher für ihre schätzenswerte Mitarbeit dankende Worte widmete. Bei der Beratung über die Kosten für Anlegung von Efeugräbern für die Opfer des 15. September ging es von dem Redner der Linksfraktion wieder nicht ohne die gewohnte Agitationsrede ab. Sicher wird der Regierungspräsident mit besonderer Freude und einem gewissen Hochgefühl davon Vormerkung nehmen, daß er hierbei genossenschaftlich als „Obergenosse" geehrt wurde. Die Ironie war deutlich erkennbar. Ist man über den Genossen Regierungspräsident enttäuscht? — An der drohenden vorübergehenden Schließung der Fortbildungsschule wegen der hohen Unkosten sind wir glücklich vorbeigekommen, es fand sich dafür keine Neigung, die Vorlage wurde abgelehnt. Die umfangreichste Vorlage waren die Zuschläge zur staatlichen Grundvermögensteuer, die Magistrat zwischen 70 bis 100 Prozent gestaffelt wissen wollte, während Stadtv. Thurm eine einheitliche Grundlage von 100 Prozent für das Bessere hielt. Dieser Ansicht schloß sich die Mehrheit an. Schweren Herzens erwärmte sich auch die Linksfraktion für die Vorlage, aber nur im Rahmen der vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze. — Die Sitzung fand erst um 3/4 10 Uhr ihr Ende. Näherer Bericht an anderer Stelle.

Der Verein zum Schutze des Kleinhandels

hielt am Mittwoch abend im Saale des Café Klante eine überaus zahlreich besuchte Versammlung ab, der eine umfangreiche Tagesordnung zur Beratung vorlag. U. a. wurde beschlossen, wie früher auch dieses Jahr vor Weihnachten an den 3 letzten Sonntagen die Geschäfte offen zu halten und zwar in der Zeit von Mittags 12 bis abends 5 Uhr, während die Oeffnung der Geschäfte an Wochentagen wie bisher von früh 9 bis Mittags 1 Uhr und von Nachmittags 3 Uhr bis 5 Uhr beibehalten wird. Seitens des Vorsitzenden wurde auf die verschiedenen, den Kleinhandel betreffenden neuen Verordnungen hingewiesen und die Mitglieder und anwesenden Gäste gebeten, dieselben genau innezuhalten, damit Beschwerden seitens des Publikums vermieden werden. Bekannt gegeben wurde von den einzelnen Gruppenvorsitzenden, daß die Grundpreise sorgfältig geprüft worden seien, sodaß auch hierbei etwaige Besorgnisse bezügl. zu hoher Preise hinfällig werden. Es wurde versichert, daß bei den hierorts üblichen Preisen von einer Risikoprämie hinsichtlich der Geldentwertung nicht gesprochen werden könne, daß aber verlangt werden müsse, wenn eine solche nicht einkalkuliert werden soll, endlich auch dem Kleinhandel, der in fast allen Fällen nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel einkaufen kann, solche in Form von Rentenmark etc. in notwendiger Menge zur Verfügung zu stellen. Bedauert wurde auch, daß es keine Stelle gibt, an welcher das vereinnahmte Kreisnotgeld gegen anderes wertbeständiges Geld, welches zur Bezahlung der Lieferanten Verwendung findet, umgetauscht werden kann. Von einem korporativen Beitritt des Vereins zur Gewerkschaft der Arbeitgeber wurde Abstand genommen. Die Besprechung über die Wahl zur Handelskammer ergab, daß Herr Hermann Krause wieder als Kandidat für den Kleinhandel aufgestellt wird. Von verschiedenen Seiten waren Bitten an den Verein um Unterstützung sowohl an Geld wie auch an Kleidungsstücken und Lebensmitteln gerichtet worden und wurde den Erschienenen dringend ans Herz gelegt, durch reichliche Gaben und Zeichnungen in die in diesen Tagen herumgehenden Listen seitens des Vereins die hierorts herrschende große Not lindern zu helfen. Schließlich wurde noch beschlossen, zur Ebnung der Kassenverhältnisse eine Umlage von 10 Pfg. wertbeständig zu erheben.

* **Der erste Erfolg.** Wir gaben neulich die Anregung, die kleinen Papiermarkscheine, die sich bei so manchen „glücklichen" Besitzern in großer Zahl angesammelt haben, aber doch im täglichen Verkehr nicht loszuwerden sind, zu sortieren, zu bündeln, und wohltätigen Zwecken zu überweisen. Die Anregung ist zu unserer Freude auf guten Boden gefallen. Wie wir hören, sind bereits 300 Milliarden Mark für die Witwen und Waisen des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser (Verwaltungssekretär Kuhlig) und 54½ Millionen für die Kleinkinderbewahranstalten (Frl. Gebhardt) abgegeben worden. Weitere Gaben sind willkommen.

* **Die Kreisverbands-Ausstellung des Kaninchenzuchtvereins** findet am Sonnabend und Sonntag im Saale der „Eiche" statt. Die Ausstellung wird erstklassiges Zuchtmaterial und Produkte aus Kaninchenfellen zeigen. Der Verein hofft, auch durch diese Ausstellung das Interesse für die Kaninchenzucht zu wecken und, seinen Bestrebungen nach, förndernd und verbreitend für die Kaninchenzucht zu wirken. Es ist nur zu wünschen, daß die Bestrebungen des Vereins weitgehendste Beachtung und Unterstützung findet. (S. Anz.)

* **Die Wahl der Arbeitnehmerbeisitzer für das Gewerbegericht** findet am Sonntag, den 2. Dezember, von vorm. 9 bis nachm. 2 Uhr in der Mädchenturnhalle statt.

* **Die Rentenmark im Postscheckverkehr.** Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. November 1923 wird der Postscheckverkehr in den Tagen vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt, so daß die Postscheckkunden vom 17. Dezember ab über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können. Der Zeitpunkt der Umstellung ist im Einvernehmen mit dem Reichswährungskommissar festgesetzt worden. Den Postscheckkunden wird nähere Nachricht durch die Postscheckämter zugehen.

* **Eingebrochen** wurde in vorvergangener Nacht bei einem Gutsbesitzer in Seifersdorf. Vom Schüttboden wurden drei Zentner Weizen gestohlen, ebenfalls ein dort untergebrachter Handschlitten, mit dem die Diebe ihre Beute dann wegbrachten.

* **Der Kriegerverein „Wilhelm"** hält am nächsten Sonntag im Vereinslokal Leuschner eine Hauptversammlung ab. (S. Anz.)

* **Stadttheater.** Die Operette „Kadja" wird am Sonntag nochmals zur Aufführung gelangen.

* **Postsendungen,** die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen (1. Dezember) noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkwährung nach dem Nennwert der Marken zu den wertbeständigen Sätzen richtig freigemacht worden sind, werden solange nicht beanstandet, bevor diese Marken nicht als ungültig erklärt worden sind. Wenn die verwendeten alten Marken nicht zur vollständigen Freimachung ausreichen, hat der Empfänger bei der Aushändigung noch das eineinhalbfache der